

SITTA: BRAUNKOHLE WIRD NOCH GEBRAUCHT

erschienen am 21. September 2018

[Beschluss](#), [Beschlüsse](#),
[Braunkohle](#), [Bundesregierung](#),
[Emission](#), [Energiewende](#), [FDP](#), [FDP](#)
[Sachsen-Anhalt](#), [Frank Sitta](#), [Freie](#)
[Demokraten](#), [Klimapolitik](#),
[Kohlekommission](#), [Landesregierung](#),
[Sachsen-Anhalt](#), [Sitta](#)

Klare Botschaft der FDP Sachsen-Anhalt: In der Sitzung der Kohlekommission am Montag in Berlin hat der Landesvorstand Sachsen-Anhalt einen staatlich verordneten Ausstieg aus der Kohle ab.

„Die Energiewende wird nicht effizient betrieben. Das liegt nicht zuletzt daran, dass nicht geklärt wurde, welche Technologien der Stromerzeugung eingesetzt sein haben. Die Kohlekommission dient nun offensichtlich dem Prozess vorzutäuschen, obwohl Union und SPD in der Bundesregierung dies bereits weitgehend festgelegt haben – nämlich aus dem Kohle aussteigen. Dabei ist der Industriestandort Deutschland auf eine langfristige Versorgung angewiesen und damit auf absehbare Zeit auch auf Kohle. Deutschland und Europa haben sich in Paris ehrgeizige Ziele zur

Reduktion der Treibhausgasen verpflichtet. Zu dieser Verpflichtung stehen auch wir in Sachsen-Anhalt. Mit dem europäischen Emissionshandelssystem, mit dem diese Ziele erreicht werden können. Wir sind überzeugt, dass ein solches System möglichst bald alle wichtigen Industriezweige umfassen muss. Schließlich handelt es sich um ein globales Problem, das wir nicht allein lösen können. Ein verordneter Ausstieg aus der Kohle auf der Ebene ist ein Irrweg“ so der Landesvorsitzende der FDP, Frank

Die FDP Sachsen-Anhalt verweist auf die Tatsache, dass Sachsen-Anhalt das von der Bundesregierung verkündete Ziel der Treibhausgasreduzierung von 40% bis zum Jahr 2020 mit 45% längst schon realisiert hat. Der Preis dafür war ein langwieriger wirtschaftlicher Anpassungsprozess für die Menschen in unserem Land.

„In der Energie- und Klimapolitik plädieren wir für einen technologieoffenen, Versorgungssicheren, Wirtschaftlichen und Umweltverträglichen Übergang. Die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichrangig berücksichtigt und das Braunkohle weiterhin ermöglicht. Die deutschen Reduktionsziele werden durch eine zweite De-Industrialisierung Ostdeutschlands gefährdet, lehnt die FDP Sachsen-Anhalt entschieden ab,“ so Sitz